

ANFRAGE Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom 06.05.2011	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	25. Plenarsitzung Gemeinderat 28.06.2011 773 27 öffentlich
Armut im Alter in Karlsruhe		

1. Wie viele Karlsruher Rentner/-innen waren je in den Jahren 2007 bis 2010 in Mini-Jobs beschäftigt? *(Bitte unterscheiden in Frauen, Männer)*
2. Wie viele davon bezogen je in diesen Jahren Grundsicherung im Alter? *(Bitte unterscheiden in Frauen, Männer)*
3. Wie viele Karlsruher Bürger/-innen haben je in den Jahren 2007 bis 2010 Grundsicherung im Alter bezogen? *(Bitte unterscheiden in Frauen, Männer, Bürger/-innen mit Migrationshintergrund – von Letzterem wieder Frauen und Männer).*
4. Wie hat sich in den Jahren 2005 bis 2010 der Anteil dieses Personenkreises an der Karlsruher Gesamtbevölkerung entwickelt?
5. Wie groß ist der Ermessensspielraum der zuständigen Behörde, wenn ältere Bürger/-innen Grundsicherung beantragen?
6. Wie hoch schätzt die Stadt Karlsruhe die Dunkelziffer derjenigen älteren Bürger/-innen und Bürger ein, die Grundsicherung beziehen könnten, dieses aber nicht tun, weil sie
 - a) nicht über Informationen oder Kompetenzen (z. B. sprachliche) verfügen
 - b) sich nicht als „arm“ outen wollen
 - c) dabei (personelle) Unterstützung bräuchten, bspw. um die erforderlichen Papiere auszufüllen oder weil sie in der Mobilität, Sehfähigkeit usw. eingeschränkt sind?
7. Welche Möglichkeiten hat die Stadtverwaltung, diese Personenkreise zu erreichen?
8. Welche Unterstützungsmöglichkeiten stehen älteren Bürgern und Bürgerinnen mit unauskömmlicher Rente in Karlsruhe generell zur Verfügung?

-
9. Was sind die Anforderungen an ältere Karlsruher Bürger/-innen mit unauskömmlicher Rente, um an die relevanten Informationen gelangen zu können, um Beratung und Hilfe zu erhalten?
 10. Wie hat sich das Angebot an altersgerechtem Wohnungsraum mit niedrigen Mietpreisen in Karlsruhe seit 2005 entwickelt?
 11. Welchen Bedarf sieht die Stadtverwaltung an altersgerechten Wohnungen zu niedrigen Mietpreisen in Karlsruhe?
 12. Hat die Stadtverwaltung Kenntnisse über die Wohnsituation, die Lebensqualität der Wohnungen, in denen in Karlsruhe ältere Bürger/-innen mit Grundsicherungsbezug wohnen (müssen)?
 13. Wenn nicht, was wäre erforderlich, um dies zu ändern?
 14. Welche Hilfsmöglichkeiten hat die Stadt, wenn ältere Bürger/-innen mit Bezug von Grundsicherung oder sehr geringer Rente in Wohnungen wohnen, die für sie vom
 - gesundheitlichen Status
 - fehlenden altersgerechten Zuschnitt und Ausstattung
 - nicht mehr tragbarer Miete (etwa nach Mieterhöhung(en))
 - zu großer Entfernung zu Einkaufsmöglichkeiten des täglichen Bedarfseigentlich nicht mehr zumutbar sind?

Sachverhalt/Begründung:

Der Deutsche Städtetag prognostiziert bis 2013 einen Anstieg der Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit um jährlich 5 Prozent. Grundsicherung im Alter kann beziehen, wessen Rente nicht für die Sicherung des Lebensunterhaltes ausreicht. Politisch gewollt sinkende Renten treiben viele Ältere in die Grundsicherung. Vor allem, wenn Bürger/-innen zunehmend keine durchgängigen Arbeitsbiografien mehr vorweisen können (Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung usw.)

Bei diesen Bürger/-innen dürfte auch die Wohnungssituation tendenziell schwieriger werden, da erschwinglicher Wohnraum auch in Karlsruhe mittelfristig gesehen stark abnehmen wird.

unterzeichnet von:

Sabine Zürn

Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Ratsangelegenheiten

10. Juni 2011